

Die Pflege und Förderung des Wirtschaftsstandorts in der direkten Demokratie

REDE VON BAUDIREKTORIN DR. URSULA GUT-WINTERBERGER BEI DER ZÜRCHER VOLKSWIRTSCHAFTLICHEN GESELLSCHAFT

Ursula Gut-Winterberger

Herr Präsident

Sehr geehrte Mitglieder der Zürcher Volkswirtschaftlichen Gesellschaft

Sehr verehrte Damen und Herren

Wenn ich über Standortpolitik in der direkten Demokratie spreche, scheint es mir richtig, einige grundsätzliche Gedanken zu unserem politischen System an den Anfang zu stellen. Hören wir zunächst eine Aussensicht: Konrad Mrusek verabschiedete sich nach 17-jähriger Korrespondententätigkeit für die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» in Zürich mit einer Kolumne im «Tages-Anzeiger» vom 3. Januar 2007, in der er schrieb: «Politische Missgriffe verhindert oft auch das Volk, weil es an der Urne meist konservativ stimmt. Daher war der Ausbau des Sozialstaates vorsichtiger, bildete sich nicht eine Unterschicht, die antriebslos von der «Stütze» lebt.»

Dass sich die direkte Demokratie positiv auf den Wirtschaftsstandort auswirkt, wird wissenschaftlich bestätigt durch Professor Gebhard Kirchgässner, Direktor des Schweizerischen Instituts für Aussenwirtschaft und Angewandte Wirtschaftsforschung an der Universität St. Gallen sowie Präsident der eidgenössischen Kommission für Konjunkturfragen. In einer Studie über die direkte Demokratie, welche er mit Lars P. Feld und Marcel R. Savioz veröffentlichte, kam er zum Schluss (Seite 179), ich zitiere: «dass die wirtschaftlichen Auswirkungen der direkten Demokratie attraktiv erscheinen: Die staatliche Aktivität geschieht effizienter als in rein repräsentativen Systemen. Es besteht zumindest die begründete Vermutung, dass die Schweiz ihren internationalen Spitzenplatz, sowohl bezüglich des Volkseinkommens pro Kopf als auch bezüglich ihrer Wettbewerbsfähigkeit, auch dem System der halb-direkten Demokratie (auf Bundesebene) verdankt.» (Ende des Zitats.)

In Ihrem Kreise darf ich davon ausgehen, dass die grosse Bedeutung der Politik für den Wirtschaftsstandort anerkannt ist. Ich möchte sie deshalb nur kurz mit zwei ganz neuen Stellungnahmen untermauern. Die «Zukunft der Schweiz in einer globalisierten Welt» war letzte Woche in Interlaken das Thema eines dreitägigen Seminars für Regierungsmitglieder aller Kantone. Der Zukunftsforscher Hans Georg Graf bezeichnete die politischen Rahmenbedingungen als eine von 6 Dimensionen der Herausforderung der Zukunft, nebst der demographischen Entwicklung, den soziokulturellen Grundhaltungen, den technologischen Innovationen, der geo-biosphärischen Basis und der wirtschaftlichen Aktivität. Der politische Wille bestimmt nach Graf jedoch zu 50 Prozent die Standortattraktivität, gefolgt von Bildung und Forschung mit 40 Prozent und allen übrigen Faktoren mit 10 Prozent. Der neue Economiesuisse-Präsident Gerold Bühler bezeichnete am Regierungseminar die Verlässlichkeit des Rechts- und Steuersystems und die Verankerung des Unternehmertums in der Politik als zwei von sieben «Chancen für Schweizer Unternehmen». Um die Verankerung des Unternehmertums in der direkten Demokratie zu stärken, hält Bühler allerdings – vor allem bei den Grossunternehmen – mehr politische Sensibilität für erforderlich.

Demokratische Prozesse zu träge?

Nicht zuletzt das eher langsame Tempo, mit dem politische Prozesse vorangetrieben werden können, bringt unserem System auch Kritik ein. Die Kritiker fordern einen Umbau unserer Demokratie im Sinne eines Abbaus von Volksrechten. So würde etwa Professor Walter Wittmann – aus seiner Sicht im Interesse der Wirtschaft und der Konkurrenzfähigkeit der Schweiz – die direkte Demokratie abschaffen. Für Wittmann verfügt die Schweiz über schlechte Karten für eine Revitalisierung, weil die Grundvoraussetzungen für Reformen nicht gegeben sind. Für Wittmann sind diese Grundvoraussetzungen ein Majorzsystem, weil es klare Mehrheiten zulässt; nicht mehr als zwei starke Parteien im Parlament, nur eine starke Kammer, kein Föderalismus.

Die Befürworter der direkten Demokratie, wie der eingangs zitierte Gebhard Kirchgässner, geben zu, dass das Schweizer System langsamer ist als andere, stellen dem aber entgegen, dass wegen des Initiativrechts unser System durchaus schneller reagieren kann, wenn sich die Parteien einem neuen Problem verschliessen. Kirchgässner führt zudem aus, dass die Gefahr von Unstetigkeit wächst, je schneller Änderungen vorgenommen werden können. Er hat die finanzielle Performance von Kantonen und Gemeinden untersucht und festgestellt, dass ein Zusammenhang zwischen der Ausprägung der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten und der finanziellen Situation besteht. Das Ergebnis ist spannend: Je ausgeprägter bei Gemeinden und Kantonen die direkte Demokratie in Finanzfragen ist, desto geringer sind die Staatsausgaben, desto geringer ist die Staatsschuld, desto effizienter arbeiten die öffentliche Betriebe und desto höher ist das Bruttoinlandprodukt pro Kopf. Zudem hat die Bevölkerung ein grösseres Vertrauen in die öffentliche Verwaltung, was zu einem geringeren Ausmass an Steuerhinterziehung führt.

In unseren Nachbarländern, die über ein Repräsentativsystem verfügen, lässt sich nicht durchweg grosse Reformfreudigkeit feststellen. Der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel namentlich scheinen unter den besonderen Bedingungen der grossen Koalition die Hände gebunden.

Kanton Zürich: Standortfragen an der Urne

Das direktdemokratische System ist im Kanton Zürich stark verankert, und es erfuhr mit der neuen Kantonsverfassung sogar noch eine Stärkung. Damit hat das Zürcher Stimmvolk die Schranken für die Ergreifung der direktdemokratischen Mittel sogar noch abgebaut, indem es einer Verringerung der Anzahl nötiger Unterschriften für Initiative und Referendum zugestimmt hat. Für eine Initiative braucht es statt 10 000 nur noch 6000 und für die Ergreifung des Referendums statt 5000 nur noch 3000 Unterschriften. Das bedeutet für die Politik, dass jede Vorlage so ausgewogen sein muss, dass möglichst keine referendumsfähige Meinung ausgelassen wurde.

Dass Standortfragen in den Fokus der direkten Demokratie kommen können, das zeigen die folgenden beiden Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart:

- Flughafenstandort Zürich: Einerseits ist unbestritten, dass der Wirtschaftsstandort Zürich auf eine optimale Verkehrserschliessung angewiesen ist und dass der Flughafen dabei eine entscheidende Rolle spielt. Andererseits ist mit der durch Deutschland erzwungenen Abkehr von der Nordausrichtung die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner, welche unter dem Fluglärm leiden, sprunghaft gewachsen. Die Folge ist eine Volksinitiative zur Plafonierung der Flugbewegungen auf dem Flughafen.
- Sportstandort Zürich: Der VCS hat gegen das geplante neue Hardturmprojekt Beschwerde eingereicht. Anwohner haben ebenfalls rekuriert und eine Volksabstim-

mung erzwungen. Das Stadtzürcher Volk hat schliesslich «Ja» gesagt zum neuen Hardturm, allerdings wird das neue Stadion nicht mehr rechtzeitig auf die EM 08 fertig sein

Solche und andere Standortfaktoren sind mehr oder weniger der direkten Demokratie und den Wahlergebnissen ausgesetzt. Der Weg der politischen Auseinandersetzung und der Kampf um Mehrheiten ist damit vorgezeichnet. Dieser Weg verlangt von der politischen Führung klare Ziele und Strategien einerseits, mehrheitsfähige Lösungen andererseits, von der Wirtschaft – basierend auf guten Kontakten mit der Politik – eine realistische Einschätzung der politischen Prozesse und der politischen Machbarkeit. Darauf möchte ich im folgenden näher eintreten.

Spielraum der Politik angesichts des permanenten Wahlkampfes

In Zeiten knapper Finanzen – und wir bewegen uns, soweit absehbar, in solchen – sind die Setzung von Zielen und von Prioritäten die zentralen Aufgaben politischer Führung der Exekutive. Diese Aufgabe verlangt eine breite Diskussion, ein Ringen um gemeinsame Priorisierung und Erlangung eines Konsenses durch Persönlichkeiten unterschiedlicher politischer Ausrichtungen in unserem Konkordanzsystem. Diese Prioritätensetzung verlangt dann die Unterordnung von Zielen in einzelnen Sachbereichen. Diese Priorisierung findet aber auch in den einzelnen Sachbereichen statt. Wiederum ist dabei nicht die kurzfristige Sicht, sondern sind langfristige Ziele in den Fokus zu nehmen. Die Medien haben gelegentlich wenig Verständnis für eine vermeintlich vorsichtige Haltung der Regierung in einer Frage. Dass Wahlen, welche vor der Türe stehen, eine Rolle spielen können, ist klar. Doch auch dafür sollten Wirtschaft und deren Interessenverbände Verständnis aufbringen. Denn nicht nur die Sachebene untersteht letztlich dem Willen des Volks, sondern dieses setzt auch die politische Führung ein. Auf Kantonsebene nicht nur bei der Wahl der Legislative, sondern auch der Exekutive, und damit die Staatsfunktion mit den vorausschauenden, kreativen und aktiven Aufgaben und Kompetenzen. Die Bedeutung der Wahlen für den Wirtschaftsstandort ist augenfällig. Was in den Wahlen schief läuft, kann mit den Mitteln der direkten Demokratie höchstens teilweise und unzureichend korrigiert werden.

Was bedeutet das für ein Mitglied der Regierung? Es bedeutet heute den permanenten Wahlkampf. Die Journalistinnen und Journalisten überwachen die Geschäfte der Regierung laufend und teilen alle Handlungen in Erfolge oder Misserfolge ein. Je näher die Wahlen kommen, je öfter wird diese Milchbüchli-Rechnung zur Hand genommen und in die Berichterstattung miteinbezogen. Aber nicht nur die Medien, auch die eigene Partei und schliesslich die Wählerinnen und Wähler fordern Transparenz und wollen ihren Willen umgesetzt sehen. Diesem Anspruch stehen organisatorische Zwänge und der Zwang zur Willensbildung im Kollegialsystem gegenüber. Als Regierungsmitglied kann man nicht schalten und walten wie man will und wie es den eigenen Anhängern gefallen würde. Die Zusammensetzung der Regierung widerspiegelt die Stärke der politischen Parteien. Das bedeutet für die Arbeit eines Exekutivmitglieds, dass es jedes Geschäft von politischem Gehalt sehr gut vorbereiten muss – das darf erwartet werden –, dass es aber insbesondere das einzelne Geschäft in einen breiten Kontext setzen und Argumente anführen muss, die auch von einer anderen politischer Grundhaltung her als stichhaltig anerkannt werden müssen. Wer trotzdem vorwärts kommen will, schafft dies nur mit viel Willen und Hartnäckigkeit. Dies mag bei hohem Zeitdruck und scharfem Standortwettbewerb ärgerlich sein, bewahrt aber vor Rückschlägen.

Wo stehen wir heute mit dem Wirtschaftsstandort in der zürcherischen Demokratie, und wohin bewegen wir uns?

Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Zürich

Zürich ist einer der weltweit führenden Wirtschaftsstandorte, und Wirtschaftsmotor der Schweiz. Wir verfügen punkto Standortqualität aktuell über eine gute nationale und internationale Ausgangslage: Ich denke z. B. an das stabile politische Umfeld, die hohe Sicherheit, bestens ausgebildete und meist mehrsprachige Arbeitskräfte, eine im internationalen Vergleich moderate Staatsquote oder die zentrale Lage in Europa mit ausgezeichneter Infrastruktur und globaler Anknüpfung. Arbeitnehmer, nicht nur aus den umliegenden Kantonen, sondern aus der halben Schweiz sowie aus Süddeutschland üben Tag für Tag ihre berufliche Tätigkeit in Zürich aus. Zudem leben und arbeiten wir in einem Kanton, dessen Metropole bereits zum fünften Mal in Folge zur Stadt mit der weltweit besten Lebensqualität erkoren wurde. Lebensqualität umfasst wohl mehr Faktoren als der Wirtschaftsstandort – zumindest auf den ersten Blick. Auch Medizinische Versorgung, Bildungssysteme, Sozio-kulturelles Umfeld sowie Erholungsmöglichkeiten u. a. sind Teil der Lebensqualität. Auf der andern Seite ist ein starker Wirtschaftsstandort ohne einen exzellenten Bildungsstandort und ein ausgezeichnetes Gesundheitssystem, einen starken Forschungsstandort undenkbar – er verlangt danach. Kanton wie Stadt sind sich dieser sehr engen Verknüpfung bewusst. Deshalb haben wir im Herbst den Masterplan Hochschulgebiet lanciert.

Der Präsident der ETH Lausanne, Patrick Aebischer, hat an dem bereits erwähnten Regierungsseminar vor einer Woche zwar das Resultat von 5 Schweizer Universitäten in der Newsweek-Liste der 50 weltbesten Universitäten gelobt und ergänzt, kein Land verfüge über so viele Nobelpreisträger pro Kopf der Bevölkerung – gleichzeitig aber gefordert, es müsse mehr Gelder in Forschung investiert und mehr dafür getan werden, die weltbesten Studenten und Wissenschaftler an Schweizer Universitäten zu akquirieren.

Die nah gelegenen Erholungsräume, die intakte Natur werden in einer Zeit der wirtschaftlichen Dynamik und der starken individuellen beruflichen Beanspruchung immer wichtiger. Scheinbar kontroverse, sich entgegenstehende Interessen werden in der heutigen Zeit gleichzeitig vertreten und verlangt: Ermöglichung einer grösstmöglichen Mobilität auf der einen Seite – Schutz vor Lärm und Immissionen aller Art auf der andern Seite.

Standortrelevante Politikbereiche

Im zweiten Teil meines Referats geht es mir darum, drei standortrelevante Politikbereiche näher zu betrachten: Finanzen und Steuern, Energieversorgung und Flughafen.

- Finanzen und Steuern
- In der Schweiz herrscht ein Standortwettbewerb, bei dem die Steuern ein wichtiger Faktor darstellen. Ich erinnere Sie beispielsweise an den Kanton Obwalden, der vor einem Jahr ein degressives Steuersystem eingeführt hat und jetzt bereits den Zuzug von über 300 Firmen vermeldet. Auch der Kanton Aargau hat im vergangenen November sein Steuergesetz dahingehend revidiert, dass Firmen sowie Leute mit hohen und sehr tiefen Einkommen entlastet werden. Während die Wirtschaft die Belebung des Standortmarkts durch solche Veränderungen in den steuerlichen Bedingungen schätzt, wollen Linke und Grüne degressive Steuermodelle zu verhindern versuchen – mit den Mitteln der direkten Demokratie. Gute Steuerzahler sind mobil und wir müssen dafür sorgen, dass wir sie nicht an die Nachbarkantone verlieren. Deshalb ist eine Steuererhöhung für mich persönlich kein Thema.

- Trotzdem müssen wir zugunsten des Wirtschaftsstandorts Zürich für einen langfristig gesunden Staatshaushalt sorgen. Dazu gehört für mich ganz prioritär, dass die Verschuldung des Kantons Zürich nicht immer weiter ansteigt. Der aktuelle Zustand, dass die Nettoinvestitionen zur Hälfte durch eine zusätzliche Verschuldung finanziert werden müssen, ist nicht haltbar. Denn alles, was wir heute zu viel ausgeben, müssen morgen Wirtschaft und Bevölkerung der Staatskasse wieder zuführen. Um trotzdem die für die internationale Konkurrenzfähigkeit unseres Wirtschafts- und Lebensraums notwendigen Investitionen tätigen zu können, kommen wir bei den Staatsausgaben nicht darum herum, klare Prioritäten zu setzen. Um alle Staatsaufgaben gleichermassen zu alimentieren, dafür reichen schlicht die Mittel nicht mehr aus. Wir müssen die vorhandenen Finanzmittel prioritär dort einsetzen, wo wir als Kanton Zürich den Durchbruch erzielen müssen oder dort, wo wir die grössten Zukunftschancen haben bzw. die grössten Risiken abwenden können. Aber auch in den anerkannten Prioritätsbereichen, wie Hochschulbildung, Forschung und hochspezialisierte Medizin, muss die Finanzpolitik auf möglichst rationellen Mitteleinsatz und auf Wirkungskontrolle bedacht sein. Nebst solchen dringenden Prioritäten müssen weiterhin auch weniger spektakuläre Leistungen, zum Beispiel in der Infrastruktur und in der Volksschule, erbracht und finanziert werden können.
- Klare Konzepte und Entscheidungen braucht es aber nicht nur für die Ausgaben-, sondern auch für die Einnahmenseite. Der Kanton Zürich muss eine national und international wettbewerbsfähige Steuerpolitik anstreben, die über eine entsprechende Steuerstrategie verfolgt wird. Die Strategie sollte zum Beispiel Auskunft geben, welche mittel- und langfristig beständigen Wege wir bei der Steuerbelastung der Unternehmen und der natürlichen Personen verfolgen, wie wir mit der Tatsache umgehen, dass wenige Steuerpflichtige einen grossen Teil der Einkommenssteuer entrichten oder ob wir Steuererleichterungen für neu gegründete oder zugewanderte Unternehmen gewähren sollen.
- Mit der neuen Verfassung hat sich das Volk auch im Steuerbereich mehr Mitspracherecht gegeben. So wurde das obligatorische Referendum eingeführt für neue Steuern oder Änderungen am Steuergesetz, die höhere Steuer für Einzelne zur Folge hätten. Nach wie vor nicht möglich ist es, mittels Volksrechten tiefere Steuern zu verlangen. Wenn wir uns an die Ergebnisse von Kirchgässner erinnern, so konnte er nachweisen, dass in Kantonen mit direktdemokratischer Mitwirkung in der Finanzpolitik die wirtschaftliche Performance besser ist als bei anderen. Unter diesem Gesichtspunkt haben wir im Kanton Zürich mit der neuen Verfassung bessere Voraussetzungen geschaffen, doch stellt sich die Frage, ob wir weit genug gegangen sind.
- Energieversorgung
- Derzeit haben wir noch genügend Strom zu günstigen Konditionen zur Verfügung. Doch ab 2018/2020 droht uns ein Besorgnis erregender Engpass – betrachten wir nur das entscheidende Winterhalbjahr, droht er bereits ab 2012. Um das Jahr 2020 werden die Kernkraftwerke Beznau I und Beznau II sowie Mühleberg altershalber stillgelegt. Damit tritt eine markante Reduktion der schweizerischen Selbstversorgung mit Elektrizität ein. Verschärft wird diese Problematik dadurch, dass wir nicht auf künftige Stromimporte im erforderlichen Ausmass hoffen können: Einerseits sind die Kapazitäten auf dem internationalen Übertragungsnetz beschränkt; andererseits werden die anderen europäischen Länder die knapper werdenden Erzeugungskapazitäten in erster Linie für sich selbst nutzen! Denn der bevorstehende Strommangel ist kein schweizerisches, sondern ein europäisches Problem. Grund genug, dass zum

Beispiel in Deutschland laut über einen Wiedereinstieg in die Kernkraft nachgedacht wird.

- Und was tun wir in der Schweiz? Bei uns hat die öffentliche Diskussion eben erst begonnen. Zwar sind die schweizerischen Stromversorgungsunternehmen seit geraumer Zeit intensiv daran, die erforderlichen Szenarien und Konzepte zu erarbeiten, die Politik aber hinkt deutlich hinterher. Wenig verantwortungsbewusst sind dabei diejenigen politischen Kräfte, die einfach propagieren, die Stromlücke liesse sich einerseits mit Stromsparen und andererseits mit der Nutzung erneuerbarer Energien schliessen. Diese Kreise verkennen gleich zwei Tatsachen: Zum einen würde das ganze, optimistisch berechnete Potential für Strom aus erneuerbaren Energien zwar theoretisch ausreichen, um den heutigen Strombedarf in der Schweiz zu decken. Doch ist – gerade auch durch die zusätzliche Nutzung von erneuerbaren Energien zum Beispiel über Wärmepumpen – keine Stabilisierung des Stromverbrauchs erkennbar; das heisst, 2020 werden wir mehr Strom als heute bereit stellen müssen. Zum anderen – und das ist das Entscheidende – ist die vollständige Ausschöpfung des Potentials an erneuerbaren Energien für die Stromnutzung innert nützlicher Frist weder technisch noch wirtschaftlich möglich. Auch wenn es absolut unbestritten ist, dass wir Strom effizienter nutzen und einen möglichst grossen Anteil unseres Energieverbrauchs über erneuerbare Energien decken müssen, reicht dieser Effort alleine nicht! Auch nicht, wenn wir die erneuerbaren Energien staatlicherseits stark fördern.
- Gaskombikraftwerke und Kernkraftwerke sind mit Schwächen unterschiedlicher Art behaftet:
 - Gaskombikraftwerke verschärfen die CO₂-Problematik zusätzlich und bringen die Schweiz noch weiter vom Zielkurs ab, wie er im Kyoto-Protokoll für die Reduktion des CO₂-Ausstosses vereinbart wurde. Zudem werden wir noch mehr von ausländischen fossilen Energien abhängig. Kernkraftwerke – dazu braucht es keine weiteren Ausführungen – rufen in der Wahrnehmung von Bevölkerungsteilen Sicherheitsbedenken und Ängste hervor. Zudem ist die Frage der inländischen Endlagerung von hochaktiven Abfällen noch nicht abschliessend geklärt. Der Bundesrat hat den Entsorgungsnachweis der Nagra zwar als erbracht genehmigt. Die Standortfrage für ein Endlager für hochaktive Abfälle ist aber noch nicht geklärt. Sie wird derzeit mit dem nationalen Sachplan «Geologische Tiefenlager» systematisch aufgearbeitet.
 - Der Kanton Zürich ist der grösste Aktionär der Axpo Holding AG, dem führenden Stromversorgungsunternehmen der Schweiz. Das überträgt uns eine grosse Verantwortung für die Sicherstellung der künftigen Stromversorgung. Hier stehen auf der politischen Ebene Weichenstellungen an. Axpo-Chef Heinz Karrer hat bereits vor anderthalb Jahren angekündigt, dass die Versorgungslücke mit einem Mix aus Wasserkraft, Kernkraft und fossilen Energieträgern geschlossen werden soll und dass deshalb ein neues Kernkraftwerk in Erwägung gezogen werde. Zu einem solchen Entscheid ist der Axpo-Verwaltungsrat durchaus berechtigt. Allerdings entscheidet der Staat über die Rahmenbewilligung zum Betrieb eines Kernkraftwerks. Gegen diese Bewilligung kann das Referendum ergriffen werden. Aus heutiger Sicht bin ich überzeugt, dass das Referendum ergriffen würde. Allerdings bin ich nicht sicher, mit welchem Erfolg. Atomstrom stösst mittlerweile auf breitere Akzeptanz und Verglichen zur Stromgewinnung mittels fossilen Energieträgern gilt er als sauberer. Zudem hat Tschernobyl etwas von seinem Schrecken eingebüsst. Der Zwischenfall im schwedischen Kern-

kraftwerk Forsmark im letzten Juli hat bei uns weder eine Grundsatzdebatte über die Sicherheit von Kernkraftwerken noch Demonstrationen und Kundgebungen ausgelöst. Aber lassen wir uns nicht blenden: Auch wenn ein Referendum nicht erfolgreich wäre, könnte nicht sofort mit dem Bau begonnen werden. Denn auch die Entscheide zur Bau- und Betriebsbewilligung können jeweils bis ans Bundesgericht weitergezogen werden.

- Flughafenpolitik
- Dass der Standort Zürich auf eine internationale und interkontinentale Anbindung angewiesen ist wird nicht bestritten. Im Schienenverkehr müssen wir uns mit aller Anstrengung für den Anschluss an das internationale Hochgeschwindigkeitsnetz einsetzen. Im Strassennetz müssen wir in den nächsten Jahren die noch bestehenden Lücken schliessen. Vor allem aber müssen wir eine Flughafenpolitik definieren, die weder dessen Wachstumschancen einschränkt, noch die Einwohnerinnen und Einwohner unseres Kantons und deren Bedürfnisse vernachlässigt. Der Flughafen verbindet Zürich, ja die ganze Schweiz, mit der Welt. Er ist das wichtigste Tor zur Schweiz und sorgt für eine Wertschöpfung von drei Milliarden Franken jährlich. Das alles macht den Flughafen Zürich zu einem äusserst wichtigen Standortfaktor, dem Sorge getragen werden muss. Wenn wir die jährlichen Flugbewegungen bei 250 000 plafonieren, so wird er zu einem Regionalflughafen absinken. Unsere Wirtschaft und unser Tourismus benötigen aber eine internationale Drehscheibe mit Verbindungen zu den wichtigsten Metropolen auf allen Kontinenten unserer Erde. Der Flughafen ist der direkten Demokratie in unserem Kanton stark unterworfen. Nicht nur steht die Plafonierungsinitiative an mit dem Gegenvorschlag der Regierung, sondern jede neue Piste muss von der Bevölkerung abgesegnet werden. Erschwerend kommt bei der Flughafenpolitik noch hinzu, dass nicht einzig die Zürcherinnen und Zürcher in den Prozess miteinbezogen werden müssen, sondern auch die Nachbarkantone und unsere Nachbarn im süddeutschen Raum.

Den Handlungsspielraum nutzen

Finanz- und Steuerpolitik, Energiepolitik und Flughafenpolitik stellen uns vor grosse Herausforderungen. Ob wir in einer Repräsentativdemokratie schneller Lösungen finden würden als in unserer direkten Demokratie? Heute müssen wir mit den Leitplanken arbeiten, die uns unser System vorgibt. Und wie das Beispiel aus Zürich zeigt, will das Stimm- und Wahlvolk nicht weniger Rechte. Selbst Grundbedürfnisse unseres Staates, wie die finanzielle Situation, die Versorgung mit Energie und die Anbindung an die internationalen Verkehrsströme lösen wir teilweise in einem direktdemokratischen Prozess. Wenn wir dann aber eine Lösung gefunden haben, dann wird sie auch wirklich vom Volk getragen. Nehmen Sie zum Beispiel unsere Integrationspolitik gegenüber der EU. Wir haben uns in langen und heftigen Diskussionen und einigen Abstimmungen für den bilateralen Weg entschieden. Zu diesem Weg steht das Volk jetzt und er wird konsequent weiter beschritten. So wurde beispielsweise die Kohäsionsmilliarde angenommen sowie die Vorlage zur Personenfreizügigkeit. Derweil haben Regierungen von EU-Mitgliedstaaten mit der Abstimmung über die europäische Verfassung vom Volk einen Denkwort kassiert.

Unsere demokratischen Verfahren und Institutionen intelligent zu nutzen, das liegt an den Menschen, die in diesen Institutionen tätig sind. Bei der direkten Demokratie sind dies nicht nur das Volk, das Parlament und der Regierungsrat, sondern auch die Verwaltung, die politischen Parteien sowie die zahlreichen Interessengruppen der Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Wenn wir unseren Standort weiterentwickeln wollen, sind wir also alle gefor-

dert. Information ist die Währung der Demokratie, sagte einst Thomas Jefferson, der dritte Präsident der USA. Diese Feststellung hat nichts an Aktualität verloren. Wenn wir in einem direktdemokratischen System antizipierend unseren Standort weiter ausbauen, fördern und fit für die Zukunft machen wollen, dann müssen wir dieses Informationsgebot ernst nehmen und aktiv auf die Menschen zugehen, die anstehenden Probleme sowie die Lösungsvarianten darlegen und offen diskutieren.

Wir haben den Standort, den wir verdienen, denn es liegt in unseren Händen, ihn zu gestalten. Daraus ergibt sich eine staatsbürgerliche Verpflichtung für alle Interessengruppen, insbesondere auch für die Wirtschaft. Einerseits muss sie die Mechanismen unseres Systems kennen, akzeptieren und bedienen können, andererseits muss sie die eigenen Bedürfnisse gegenüber der Politik klar formulieren und auch in Zukunft selber dahingehend aktiv sein, dass sie die ihr wichtigen Vorlagen unterstützt und sich in der Information der Bevölkerung aktiv einbringt. Die Politik kann ohne die Wirtschaft genauso wenig Standortpolitik betreiben wie die Wirtschaft ohne die Politik. In diesem Sinne freue ich mich auf die weitere Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Politik zugunsten unseres Standorts Zürich. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.